

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Nein zum neuen Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten**

Solothurn, 13. Mai 2014 - Der Regierungsrat lehnt in seiner Stellungnahme an das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Ladenöffnungszeiten ab. Die Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten erachtet er nicht als das geeignete Mittel im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz und die Frankenstärke.

Der Regierungsrat lehnt die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Ladenöffnungszeiten ab. Die Regelung der Ladenöffnungszeiten liegt bisher hauptsächlich in der Kompetenz der Kantone und wird primär als kantonales Wirtschaftsrecht geregelt. Daran will der Regierungsrat auch weiterhin festhalten. In der gewachsenen Vielfalt der Ladenöffnungszeiten sieht er nicht nur Wettbewerbsnachteile. Die bisherigen Möglichkeiten, auf die spezifischen regionalen Bedingungen und Sensibilitäten Rücksicht nehmen zu können, erachtet er vielmehr als Wettbewerbsvorteil. Von einer Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten erwartet er auf jeden Fall keine positiven Auswirkungen im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz oder den zunehmenden Einkaufstourismus ins Ausland.

Sollte entgegen der Haltung des Regierungsrates dennoch ein Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten geschaffen werden, erwartet er Nachbesserungen betreffend die maximalen Öffnungszeiten. So sollen an Samstagen die Geschäfte maximal bis 18 Uhr, und nicht wie vorgeschlagen bis 19 Uhr, geöffnet sein. Im

Weiteren verlangt er einen speziellen Schutz für die Arbeitnehmenden am 24. Dezember und 31. Dezember. Er beantragt die maximalen Öffnungszeiten an diesen beiden Tagen auf 16 Uhr festzusetzen.

Unabhängig von der Schaffung eines Bundesgesetzes über die Ladenöffnungszeiten schlägt der Regierungsrat dem Kantonsrat im Rahmen des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes eine moderate Anpassung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Solothurn vor. Dazu unterbreitet er zwei Varianten über die voraussichtlich das Stimmvolk noch in diesem Jahr entscheiden kann.